

S T E N O G R A P H I S C H E S
P r o t o k o l l

- endgültige Fassung *-

offener Auszug aus Tgb.-Nr. 41/07 VS-V

der 60. Sitzung

des 1. Untersuchungsausschusses der 16. Wahlperiode

am Donnerstag, den 25. Oktober 2007,

9.30 Uhr

Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal Europaausschuss,

Raum 4.900

Vorsitz: Abg. Siegfried Kauder (CDU/CSU)

Inhaltsverzeichnis:

Zeugenvernehmung (gem. Beweisbeschluss 16- 210): Herr R.

Beginn: 13.11 Uhr

* Hinweis:

Die Korrekturen des Zeugen R. (siehe Schreiben vom 21.11.2007, Anlage 1) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
VS-Vertraulich: 13.11 Uhr)

Vernehmung des Zeugen K. R.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr R■■■■■, Sie wurden zuletzt am 01.02.2007 als Zeuge vernommen. Ich habe Ihnen dort entsprechende Hinweise gegeben und Sie auch belehrt, dass Sie zur Wahrheit verpflichtet sind. Ich glaube, ich brauche das nicht noch einmal zu wiederholen; das haben Sie noch in Erinnerung. Sie sind auch diesmal wieder verpflichtet, wahrheitsgemäße Angaben zu machen.

(Ermittlungsbeauftragter Dr. Joachim Jacob: Herr Vorsitzender, müssen Sie noch einmal über meine Anwesenheit abstimmen lassen?)

- Ja.

(Wolfgang Nešković (DIE LINKE):
Das galt vorhin auch für dieses VS-
Vertraulich!)

Wir fassen folgenden Beschluss: Für die Vernehmung des Zeugen R■■■■■ in eingestufte Sitzung wird die Teilnahme des Herrn Jacob zugelassen. - Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

(Dr. Max Stadler (FDP): Wie haben Sie jetzt abgestimmt?)

- Ich habe nicht abgestimmt.

(Hellmut Königshaus (FDP): Herr Gröhe legt Wert darauf, dass das alles dokumentiert wird!)

Herr R■■■■■, aus Sicht des Ausschusses haben sich Aspekte ergeben, die zu Nachfragen bei Ihnen führen. Deswegen haben wir Sie noch einmal hierher einladen müssen.

Sie waren zusammen mit Ihrem Kollegen D■■■■■ und Herrn Dr. K■■■■■ am 23. und 24.09.2002 in Guantánamo und haben über die dort durchgeführte Vernehmung des Herrn Kurnaz einen Vermerk angefertigt. Hierzu haben wir Herrn Hanning, der bis 2005 Präsident des Bundesnachrichtendienstes gewesen ist, gehört, der über diesen Vermerk einen deutlichen Verriss präsentiert hat. Ist Ihnen das, was Herr Hanning vor unserem Ausschuss angegeben hat, bekannt?

Zeuge K. R.: Ja, Herr Vorsitzender, das ist mir bekannt.

Wenn Sie gestatten, würde ich vielleicht auch ein ganz kurzes Eingangsstatement machen, bevor die Befragung beginnt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Gerne; das steht Ihnen nach dem Untersuchungsausschussgesetz so auch zu.

Zeuge K. R.: Herr Vorsitzender, im Nachgang zu unserer ersten Anhörung waren in verschiedenen Zeitungsartikeln zum einen Darstellungen und Statements zu lesen, die wenig mit dem eigentlichen Sachverhalt zu tun hatten, vielmehr unserer Ansicht nach erkennbar den Zweck verfolgten, unter anderem auch durch teils falsche Tatsachenbehauptungen die an den Befragungen des Herrn Kurnaz beteiligten Bundesnachrichtendienstmitarbeiter zu diskriminieren. Zum anderen - Sie hatten das gerade erwähnt - hat auch Herr Dr. Hanning, wie wir ebenfalls verschiedenen Presseartikeln entnehmen konnten, Äußerungen bzw. Vorhaltungen gemacht, die vor dem Hintergrund der uns bekannten Faktenlage für uns nicht nachvollziehbar sind. Ich möchte hiermit auch im Namen meines Kollegen D■■■■■ betonen, dass wir an unserer 2002 getroffenen fachlichen Bewertung der Person Kurnaz festhalten und somit nach wie vor auch an unseren in diesem Ausschuss am 01.02.2007 getroffenen Aussagen festhalten.

Das beendet hier mein kurzes Statement, und ich stehe für Fragen entsprechend zur Verfügung, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wie läuft eigentlich die Kommunikation im Bundesnachrichtendienst über solche Einsätze, die im Ausland stattfinden, ab? Wem berichten Sie üblicherweise? Wie werden die Berichterstattungen dokumentiert? Gibt es da Beurteilungen, und wenn eine Beurteilung negativ ausfällt, wird sie dann diesem Bericht beigefügt oder bleibt es bei dem ursprünglichen Bericht?

Zeuge K. R.: Bei Vorgängen dieser Art, wie sie bei der Befragung des Herrn Kurnaz geschehen sind, wird zum einen ein interner Aktenvermerk gemacht und parallel dazu auf jeden Fall eine Unterrichtung des Präsidenten. Diese Unterrichtung läuft auf dem Dienstweg, das heißt also, über den Refe-

ratsleiter und den Abteilungsleiter bis zur Leitung des Dienstes.

Was die Bewertung anbelangt, gehe ich jetzt auf zwei Punkte ein. Es gibt zum einen die Bewertung, die derjenige, der den Aktenvermerk macht, selber anbringt. Das heißt, wie bewertet er, wie beurteilt er das Ganze, was er gehört und erfahren hat? Das ist im Übrigen ein Vorgang, der in verschiedenen Formblättern auch zwingend vorgeschrieben ist. Diese eigene Bewertung ist etwas, wozu sogar jeder vom mittleren über den gehobenen bis zum höheren Dienst - je nachdem, wer etwas macht, wer einem Dienstgeschäft nachgeht - aufgefordert wird, nämlich eine eigene Bewertung abzugeben.

Die Bewertung von der Leitungsebene, ob das jetzt nun ein Abteilungsleiter oder ob das der Präsident ist, kann auf unterschiedlichem Wege erfolgen. Usus ist es normalerweise, dass der Präsident, wenn er einverstanden ist,¹ sein Zeichen an diesen Aktenvermerk macht. Wenn er irgendwelche Ergänzungen hat oder aber auch Kritik übt, gibt es ebenfalls die Möglichkeit, dass er dies schriftlich auf diesem Vermerk, auf dieser Unterrichtung niederlegt und dann entsprechend auf dem Dienstwege auch wieder nach unten gibt, sodass also die ganze Vorgesetztenkette dies mitbekommt.

Die andere Möglichkeit ist die, dass der Präsident - das liegt ganz in seinem Ermessen - den Verfasser des Berichtes oder aber auch dessen Vorgesetzten anruft und ihm dort mündlich seine Kritik mitteilt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Jetzt ist Ihr Vermerk ohne eine entsprechende Notiz des Herrn Hanning weitergegeben worden. Hat Herr Hanning Ihnen gegenüber, als Sie den Bericht präsentiert haben, Kritik am Inhalt angemeldet oder nicht?

Zeuge K. R.: Nein, Präsident Hanning hat mir gegenüber weder in schriftlicher noch in mündlicher Form Kritik zukommen lassen, und dies ist nach meinem Wissen und auch gemäß¹ Nachfrage bei meinen Vorgesetzten, Referatsleiter und Abteilungsleiter, auch auf dieser Ebene nicht geschehen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ist die Kritik, die Herr Hanning jetzt angebracht hat und die Sie ja offensichtlich, wie Sie sagten, der Presse entnommen haben, aus Ihrer Sicht berechtigt oder nicht?

Zeuge K. R.: Sie ist in unseren Augen aus verschiedenen Gründen nicht gerechtfertigt; zumindest aber ist sie für uns irritierend gewesen. Ich habe Ihnen gerade erläutert, Herr Vorsitzender, dass das normale gelebte Prozedere im Bundesnachrichtendienst ist, dass ein Vermerk, der geschrieben¹ und an die Leitung weitergegeben wird, normalerweise bei negativer Kritik mit einem entsprechenden Rücklauf versehen ist. Dies war weder bis auf meine Ebene noch war es auf der Ebene meiner Vorgesetzten der Fall. Dass jetzt, fünf Jahre danach, eine derart massive Kritik an diesem Aktenvermerk aufgetreten ist, verwundert uns zum einen aus dem Grund, weil eben keine Kritik uns gegenüber geäußert wurde, und zum anderen, weil zumindest meines Wissens auch die Leitung entschieden hat, dass unser Aktenvermerk an das Kanzleramt weitergegeben wurde. Von daher gesehen ist das zumindest ein Punkt, der etwas irritierend ist.

Es gab einen weiteren Punkt, eine Vorgehaltung, den wir zumindest der Presse entnehmen konnten. Danach sei Herr Dr. Hanning verärgert über den Vorschlag der BND-Beamten gewesen - ich zitiere jetzt -, Kurnaz als Quelle zu rekrutieren. Diese Äußerung kann weder von unserer Seite noch vonseiten unserer damaligen Vorgesetzten auch nur annähernd nachvollzogen werden. Es hat zu keinem Zeitpunkt einen Vorschlag unsererseits gegeben, Kurnaz als Quelle zu rekrutieren, weder mündlich noch schriftlich. Vielmehr geht unzweideutig aus den Vermerken sowohl unsererseits als auch des Bundesamtes für Verfassungsschutz über die Befragung hervor, dass lediglich das BfV eine solche Operation ins Kalkül gezo-gen hatte.

Ich zitiere hierzu sowohl aus unserem eigenen Bericht, das heißt also der Unterrichtung unseres Abteilungsleiters:

[REDACTED]

Ich zitiere auch aus dem entsprechenden Aktenvermerk des Kollegen K [REDACTED], der schreibt:

[REDACTED]

¹ Korrektur gem. Schreiben des Zeugen vom 21. November 2007, Anlage 2

Warum - so stellt sich uns die Frage - sollte sich also Herr Dr. Hanning über einen Vorschlag eines BND-Beamten geärgert haben, den es nachweislich, schriftlich dargelegt, nie gegeben hat?

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr Hanning hat Ihren Vermerk als unprofessionell, grob fehlerhaft und mangelhaft qualifiziert bei seiner Aussage hier vor dem Untersuchungsausschuss. Er macht diese Kritik an zwei wesentlichen Punkten fest: zum einen daran, dass Sie eine Einschätzung über die Gefährlichkeit des Herrn Kurnaz abgegeben hätten, was nicht zu Ihrem Auftrag gehört habe, und zum anderen - das haben Sie hier bei Ihrer Vernehmung insbesondere auf die Fragen des Kollegen Oppermann auch bestätigt - daran, dass eine Auseinandersetzung mit den Verdachtsmomenten, die aus den Bremer Kreisen geäußert worden seien, nicht erfolgt sei. Die Polizeiakten aus Bremen lagen Ihnen ja nicht vor. Rechtfertigt das den Vorwurf der Unprofessionalität oder nicht?

Zeuge K. R.: Aus zwei Gründen unseres Erachtens nicht. Wenn ich mit dem Letzten anfangen, was die Polizeiakten angeht: Ich möchte hier noch einmal deutlich machen - obwohl es sicherlich bekannt ist -, dass es eine eindeutige Aufgabenteilung zwischen dem Bundesnachrichtendienst und dem Bundesamt für Verfassungsschutz gibt.

(Hellmut Königshaus (FDP): Sehr richtig!)

Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist grundsätzlich mit den innerdeutschen Fragen beschäftigt, also auch hier bei der Vorbereitung einer solchen Befragung. Was jetzt nun den Hintergrund des Kurnaz im Inland angeht, so war von vornherein klar - abgestimmt auch zwischen den Behörden -, dass sich das BfV in der Vorbereitung auf die Befragung mit dem Hintergrund des Kurnaz, was die polizeiliche Ebene bzw. die LfV-Ebene angeht, komplett auseinandersetzt, während der Bundesnachrichtendienst als Auslandsnachrichtendienst sich genau mit den Fragen beschäftigt hat, die für uns von einem prioritären Interesse waren und weswegen wir auch letztendlich nach Guantanamo geschickt wurden. Das heißt also, es

hat eine zwischen beiden Behörden abgestimmte Verfahrensweise, Vorgehensweise, Vorbereitungsphase gegeben, und es hat auch zuletzt zwischen den beiden Behörden, sprich zwischen den Herren D. [REDACTED] und R. [REDACTED] und Herrn K. [REDACTED] auf der anderen Seite, eine gegenseitige Unterrichtung gegeben, das heißt über das, was wir herausgefunden haben, was möglicherweise erforderlich ist.

Was den zweiten Punkt angeht, es sei nicht professionell gewesen, da uns eine Bewertung über das Risiko eines Kurnaz nicht zugestanden habe, irritiert uns dies ebenfalls, und ich muss auch gestehen: Nach Rückfrage bei meinen Vorgesetzten bis hin zur Abteilungsleiterebene war auch hier Unverständnis, weil eine solche Bewertung, wie ich soeben schon einmal gesagt habe, von jedem Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes erwartet wird. Das heißt also, das ist obligatorisch. Von daher gesehen hätte man mir oder uns eher den Vorwurf machen können, wenn wir zu den Bewertungen, die wir aufgrund unserer Befragung erfahren haben, überhaupt nicht Stellung genommen hätten.

Das ist meine Antwort darauf, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr R. [REDACTED], ich danke Ihnen für die Antworten und eröffne nun den Kreis für die Berliner Stunde. Es beginnt die FDP mit acht Minuten. Kollege Stadler.

Dr. Max Stadler (FDP): Die wirklich wesentlichen Sachen, Herr R. [REDACTED], glaube ich, haben Sie ohnehin schon gesagt. Nur vielleicht zur Abrundung: Sie haben ja jetzt einen neuen Präsidenten im BND, der auch eine gewisse Fürsorgepflicht gegenüber seinen Mitarbeitern hat. Hat Herr Uhrlau den Vorgang mit Ihnen einmal besprochen?

Zeuge K. R.: Nein, wir haben darüber nicht gesprochen.

Dr. Max Stadler (FDP): Ihnen wurde unprofessionelle Arbeit vorgeworfen. Das ist ja einem Profi gegenüber schon einer der schlimmsten Vorwürfe, den man machen kann. Hat denn diese Bewertung Ihrer Arbeit irgendwelche Konsequenzen gehabt? Sind Sie deswegen mit anderen Aufgaben betraut worden oder zu einer Nachschulung ge-

schickt worden, um Ihr Handwerkszeug jetzt endlich richtig zu lernen, oder Ähnliches?

Zeuge K. R.: Herr Abgeordneter, ich kann im Prinzip zum einen natürlich kein Urteil - ich möchte es auch nicht, weil es subjektiv wäre - über meine eigene Leistungsfähigkeit und meine Ergebnisse und über die Wertungen sagen, die ich im Bundesnachrichtendienst erfahre. Ich möchte aber nur als Antwort darauf, weil hier auch sehr viel Kritik, was die Qualität meiner Arbeit anbelangt, von meinem ehemaligen Präsidenten geäußert wurde, vielleicht nur einen Satz einer schriftlichen Beurteilung über meine Person, die im Nachhinein zu dieser Befragung kam, vorlesen:

Herr R. [REDACTED] ist ein besonders erfahrener Sachgebietsleiter, der mit sehr umfassenden Fachkenntnissen, großem persönlichen Einsatz, gutem Management und einer hervorragenden Mitarbeiterführung exzellente Ergebnisse erzielt.

Wenn es also so gewesen wäre, dass der ehemalige Präsident der Meinung gewesen wäre, dass es sich bei meiner Person um einen unqualifizierten Mitarbeiter gehandelt hätte, dann hätte sich das sicherlich in meinen schriftlichen Beurteilungen auch niedergeschlagen. Auch die letzte Beurteilung, die erst wenige Monate zurückliegt, spricht ebenfalls von außergewöhnlicher Kreativität, hoher Fachkompetenz, Eloquenz und überzeugenden Ergebnissen. Von daher gesehen habe ich die Wertung von Herrn Dr. Hanning zur Kenntnis genommen.

Dr. Max Stadler (FDP): Von wann datieren denn diese Beurteilungen, die Sie gerade zitiert haben, offenbar die vorletzte und die letzte?

Zeuge K. R.: Die letzte noch von Februar 2007, und die davor, die ich zitiert habe, von 2004².

Dr. Max Stadler (FDP): Also nach diesem Vorgang.

Zeuge K. R.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Mit anderen Worten, das Verdikt kam quasi aus heiterem Himmel über Sie?

Zeuge K. R.: Es kam aus heiterem Himmel. Es zeigt sich aber, dass, wenn der ehemalige Präsident Dr. Hanning so gedacht hat, ich nicht nur in meiner Funktion geblieben bin, sondern zum einen sich der Aufgabenbereich, für den ich zuständig bin, erweitert hat und zum anderen meine schriftlichen Beurteilungen entsprechend ausgefallen sind, wie ich sie gerade nur kurz zitiert habe. Das sind dann die Fakten, an die ich mich zu halten habe.

Dr. Max Stadler (FDP): Diese Beurteilung aus 2004, wer hat die denn unterschrieben?

Zeuge K. R.: Bis zum Abteilungsleiter geht das, also auch letztendlich bis zur Leitungsfunktion.

Dr. Max Stadler (FDP): War zu diesem Zeitpunkt Herr Hildebrandt noch Ihr Vorgesetzter?

Zeuge K. R.: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Er ist demnach an der Beurteilung vermutlich auch beteiligt?

Zeuge K. R.: Ja, natürlich. Er war ebenfalls beteiligt, ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Das ist derselbe Herr Hildebrandt, der nach Guantánamo von Ihnen den schriftlichen Bericht erhalten hat?

Zeuge K. R.: Die Präsidentenvorlage ist über Herrn Hildebrandt und dann den Abteilungsleiter an den Präsidenten gegangen, ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Jetzt noch einmal zu dem, was der Herr Vorsitzende gefragt hat. Ich zitiere jetzt einmal Herrn Hanning sinngemäß. Er hat immer dargestellt, Sie drei, die Sie in Guantánamo gewesen seien, seien von der Idee beseelt gewesen, eben Herrn Kurnaz als Quelle oder als V-Mann einsetzen zu können. Das habe gewissermaßen dazu geführt, dass man ihn positiver bewertet habe, als er es verdient habe.

Zeuge K. R.: Ich glaube, aus unseren schriftlichen Kommentaren, aus dem Vermerk und auch aus der Präsidentenvorlage² geht eindeutig, nämlich schriftlich hervor, dass wir als Bundesnachrichtendienst überhaupt kein Interesse an einer Operation mit

² Korrektur gem. Schreiben des Zeugen vom 21. November 2007, Anlage 2

Herrn Kurnaz hatten, also mit anderen Worten an der Nutzung von Herrn Kurnaz als Quelle keinerlei Interesse hatten. Das geht schriftlich hervor, also nachweisbar.

Dr. Max Stadler (FDP): Noch Folgendes, damit wir diese Form der Gegenvorstellung des Präsidenten, wenn ich einmal so sagen darf, besser verstehen, wenn er mit einem Bericht nicht einverstanden ist und seine gegenteilige Auffassung oder Fragen oder was auch immer niederlegt. Da kann man sich vorstellen, dass es bei weniger gewichtigen Vorfällen vielleicht nicht gemacht wird und bei bedeutsamen Vorfällen umso eher. Wie war denn da die Praxis: Hat Herr Hanning das nie gemacht, oder kam es vor, dass er von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht hat?

Zeuge K. R.: Zunächst einmal werden nur Vorgänge von besonderer Bedeutung bis in die Ebene der Leitung hineingetragen. Wenn sie eine etwas geringere Bedeutung haben, gehen sie in den Bereich des Abteilungsleiters hinein. Ich persönlich kenne keinen Fall, in dem es nicht, wenn es eine Negativbewertung des Präsidenten gegeben hätte, einen Rücklauf gegeben hätte. Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Max Stadler (FDP): Wenn es also eine Negativbewertung gibt, dann läuft es auch zurück zum ursprünglichen Verfasser, -

Zeuge K. R.: Ja, ja.

Dr. Max Stadler (FDP): - weil er sich damit auseinandersetzen muss.

Zeuge K. R.: Ja, aus dem einfachen Grunde: Man muss sich dann als Verfasser auch mit der Kritik auseinandersetzen, um zu sehen, wo man eventuell Fehler gemacht hat, wo Besserungsbedarf ist oder wo man in einem Vorschlag, den man zum Beispiel unterbreitet hat, in eine andere Richtung gehen muss.

Dr. Max Stadler (FDP): Dazu wäre es das erst mal. Ich frage vielleicht später noch zu einem anderen Komplex. Aber Herr Königshaus hat noch Fragen.

Hellmut Königshaus (FDP): Herr R. ■■■■■, es wird ja auch immer wieder gesagt,

dass die Unprofessionalität, die Herr Hanning hier meinte feststellen zu können, sich insbesondere darin manifestiere, dass der Kollege Dr. K. ■■■■■ vom BfV, der ja dabei war, eine so diametral abweichende Bewertung abgegeben und auch niedergelegt habe. Nun haben wir ja von Ihnen jetzt gehört -- Sie haben die Bewertung ja vermutlich gemeinsam abgesprochen oder zumindest die Bewertung auch gemeinsam vorgenommen; Sie waren ja auch anschließend noch zusammen und haben darüber gesprochen, nehme ich an. Hat er denn dort eine so fundamental andere Auffassung Ihnen gegenüber geäußert?

Zeuge K. R.: Herr Abgeordneter, ich muss gestehen, ich kenne überhaupt keine diametral entgegengesetzte Position zwischen BND und BfV.

Hellmut Königshaus (FDP): Deshalb frage ich; wir auch nicht.

Zeuge K. R.: Ich habe mir einmal die Mühe gemacht - so will ich es sagen -, die Aussagen zu den speziellen Kriterien, zu den speziellen Punkten einmal gegenüberzustellen, und beim besten Willen: Es gibt keinen Punkt, wo ich sagen muss, hier liegen wir deutlich auseinander.

Hellmut Königshaus (FDP): Auch in seinem schriftlichen Vermerk - dazu würde ich Sie mal bitten dann Stellung zu nehmen - hat er niedergelegt, es gebe im Grunde genommen ein klares Bild, es gebe noch einige letzte Zweifel, die man ausräumen müsse, hinsichtlich Reisezweck und Ähnlichem, dass aber insgesamt jedenfalls nichts Belastendes gefunden wurde, was seine Darstellung widerlegen könnte.

Nun ist ja Ihr Vermerk dem BfV zur Kenntnis gegeben worden und umgekehrt, wie ich annehme, Ihnen der Vermerk des BfV zur Kenntnis gekommen. Hat denn dort ein Austausch stattgefunden, so etwa in der Art: „Den Vermerk des BND können wir in keiner Weise teilen, das ist ja hanebüchen, was die da schreiben“, oder Ähnliches? Oder: „Unser Mitarbeiter gibt eine so abweichende, völlig entgegenstehende Darstellung, dass wir hier Klärungsbedarf sehen“?

Zeuge K. R.: Wir haben die Vermerke ausgetauscht; das ist klar. Wir haben uns

zunächst mündlich abgesprochen und hatten also eine gemeinsame rote Linie. Es ist von keiner Seite irgendwie - auch als die Berichte vorlagen - Kontakt aufgenommen worden zu der anderen Seite, um zu sagen: Hier können wir etwas nicht teilen.

Ich möchte auch einen Punkt hervorheben, der gern einmal zitiert wird, indem gesagt wird: Das BfV hatte noch an dem einen oder anderen Zweifel, der BND nicht. Ich möchte uns jetzt selber zitieren. Wir haben gesagt: Trotz Restzweifeln an seiner ursprünglichen Reisemotivation etc. pp.

Das heißt also, wir konnten natürlich nicht bis zum letzten Detail klären: Was ist vielleicht hier in Deutschland passiert, wo gab es noch Zweifel? Herr Dr. K. [REDACTED] hat also auch sinngemäß geschrieben: Es ist erforderlich,

[REDACTED] Da das ja auch wohl
geschehen ist -

[REDACTED]

oder aber auch seitens des Vorsitzenden der Bremer Kommission zur Kontrolle der Geheimdienste: es gibt keine belastbaren Fakten gegen Kurnaz; das sind ja Dinge, die bekannt sind -, zeigt sich: Wir lagen überhaupt nicht auseinander. Es waren noch einige Punkte zu klären; die konnten offensichtlich geklärt werden. Herr Kurnaz ist meines Erachtens, meines Wissens, immer noch auf freiem Fuß, es ist kein Verfahren gegen ihn angesetzt worden. Von daher gesehen muss man auch in der Retrospektive sehen: Unsere Aussagen waren nicht diametral entgegengesetzt, sondern sie stimmten im Grunde genommen bis auf Formulierungen überein.

Hellmut Königshaus (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die SPD mit 19 Minuten.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr R. [REDACTED], was war denn genau Ihr Auftrag und der Sinn Ihrer Reise nach Guantánamo?

Zeuge K. R.: Wir hatten das Wissen, dass Herr Kurnaz, der aus Deutschland stammte, in Guantánamo war und von amerikanischer Seite offensichtlich mit dem Vorwurf befrachtet war, dass er im Kampf gegen die Koalitionstruppen zum Einsatz kommen sollte. Von BND-Seite war es jetzt von prioritärem Interesse, zu erfahren, wenn es denn wirklich einen solchen Mann gibt, der dort kämpfen wollte oder in ein Ausbildungslager gehen wollte: Wie fand erstens die Rekrutierung statt? Vor allem aber: Was waren jetzt in Pakistan oder gegebenenfalls, was sich ja als nicht wahr herausgestellt hat, in Afghanistan die Anlaufpunkte? Wie ist er weitergeschleust worden, welches waren Kontaktadressen, was waren zum Beispiel Kommunikationswege? Das alles konnte nun nicht geklärt werden, da, wie auch schon von den Amerikanern in sehr viel mehr Befragungen zuvor geklärt worden war, es gar nicht so war, wie es zunächst aussah.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Das heißt, Kurnaz war also quasi als Prototyp für jemanden interessant, der angeworben wird und der selbst auch Aussagen darüber sozusagen aus eigener Erfahrung machen kann, wie Anwerbestrutturen sind, wie Rekrutierung in Pakistan/Afghanistan abläuft?

Zeuge K. R.: Das ist korrekt.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Das heißt, Ihr Auftrag war - es ist jetzt die Frage, ob das zutrifft, ob das richtig ist - eigentlich nicht, eine Einschätzung über die potenzielle Gefährlichkeit von Murat Kurnaz selbst abzugeben?

Zeuge K. R.: Wir sind zunächst - das war ja nun auch der Hintergrund, weswegen unsere Leitung uns dahin geschickt hat - der Auffassung, dass es sich um einen potenziellen Terroristen oder zumindest Kämpfer handeln konnte. Wir sind gemeinsam, BfV und BND und Amerikaner, zu dem Ergebnis gekommen, dass dem offensichtlich wohl nicht so war. Das heißt also, dass vor diesem Hintergrund selbstverständlich die Bewertung des Kurnaz, wie sie vom BfV und vom BND vorgenommen wurde, hier unserer Leitung schriftlich mitgeteilt werden musste; denn es stand im Raum: Wo sind die Ergebnisse? Wo waren die Kontaktpunkte von Kurnaz? Was habt ihr herausgefunden?

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Welche Gründe können Sie sich denn vorstellen, die bei Herrn Hanning den Ausschlag dafür gaben, dann letztlich so deutliche Kritik an Ihrer Arbeit zu üben?

Zeuge K. R.: Dazu möchte ich überhaupt keine Spekulationen machen. Ich habe diese Bewertungen zur Kenntnis genommen; ich habe sie zur Kenntnis genommen von Herrn Dr. Hanning, der nicht mehr Präsident des Bundesnachrichtendienstes war und zu der Zeit, als er mein Präsident war, mir diese Vorhalte nicht gemacht hat. Ich spekuliere hier nicht.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Ich glaube, es ist zum jetzigen Stand der Arbeit unseres Ausschusses eigentlich fast überflüssig, dass ich noch mal in Erinnerung rufe und daraus zitiere, was Herr Hanning alles mit Blick auf die Bremer Akten so ausgeführt hat, was seine Einschätzung angeht, ob Sie gut oder schlecht vorbereitet waren für diese Reise usw. Deshalb zum Schluss in dieser Runde nur die Frage: Wie viele Befragungen im Ausland haben Sie denn anschließend noch durchgeführt?

Zeuge K. R.: Ich habe im Ausland keinerlei derartigen Befragungen mehr durchgeführt.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Nešković.

Wolfgang Nešković (DIE LINKE): Herr R[REDACTED], ich habe nicht viele Fragen. Herr Hanning hat uns hier in seiner Vernehmung gesagt, er habe mit Sicherheit seinen Stab damals informiert.

Ich meine mich auch kritisch geäußert zu haben - das habe ich ja eben schon ausgeführt - gegenüber den Beamten.

Zu der Frage des Beamten haben Sie schon Stellung genommen. Der Stab ist vielleicht etwas größer als Ihr unmittelbarer Vorgesetzter und der Abteilungsleiter.

Heißt das: Haben Sie sonst jetzt noch mal nachgefragt - das wäre ja ein naheliegendes Bedürfnis gewesen -, ob irgendwo auf anderer Ebene - nicht unmittelbar über Ihren Vor-

gesetzten, aber irgendwie im Leitungsstab - diese Kritik zum Ausdruck gekommen ist? Denn Herr Hanning hat das hier sehr deutlich formuliert: „mit Sicherheit meinen Stab damals“.

Zeuge K. R.: Darüber kann ich mir kein Urteil bilden. Da müssten die entsprechenden Kollegen oder Kolleginnen befragt werden, die im Stab sind. Wenn dem so gewesen sein sollte, ist es zumindest aus dem Stab nicht, zumindest noch nicht einmal auf die Ebene der Abteilungsleitung, herunterprojiziert worden, deshalb also auch nicht weiter nach unten. Dafür spricht auch die Aussage meines damaligen Abteilungsleiters, mit dem ich mich vor einigen Monaten unterhalten hatte: War da denn etwas? Da hat er mir eindeutig gesagt: Nein, es gab nicht die geringste negative Reaktion. Wie gesagt, ich wiederhole noch einmal: Ob er das innerhalb seines Stabes gesagt hat, das vermag ich nicht zu sagen.

Wolfgang Nešković (DIE LINKE): Aber Sie haben auch sonst aus informellen Gesprächen nichts darüber gehört, dass das mal Gegenstand einer Kritik im Stab gewesen sei?

Zeuge K. R.: Nein, kein einziges Mal.

Wolfgang Nešković (DIE LINKE): Dann habe ich, wie angekündigt, keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die CDU/CSU. Kollegin Köhler.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Herr R[REDACTED], zunächst würde mich eines interessieren: Wieso übersandte denn das LKA Bremen seinen Fragenkatalog an den BND und nicht an das Bundesamt für Verfassungsschutz?

Zeuge K. R.: Da dürfen Sie mich nicht fragen. Wir haben das im BND zugeleitet bekommen, möglicherweise, weil das LKA wusste, dass wir mit dahin fahren. Wir wussten auf jeden Fall und hatten das also auch mit dem Kollegen K[REDACTED] besprochen: Er hatte die gleichen Fragen. Die bezogen sich in erster Linie auf Positionen innerhalb der Bundesrepublik: Was ist da geschehen? Alle Fragen, die sich auf das Inland bezogen,

sind dann von Herrn Dr. K. in der Tat auch abgearbeitet worden. Wir haben die Fragen zur Kenntnis genommen, wir haben sie durchgelesen; aber es waren nicht Fragen, die vor dem Hintergrund dessen, was für uns nun prioritär von Interesse war, maßgeblich waren.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Eben, und genau deswegen und auch, weil LKA und Bundesamt für Verfassungsschutz beide quasi zum Bereich der Innenministerien gehören, hat mich dieser Übertragungsweg gewundert. Ist es denn üblich, dass quasi direkt das Landesamt für Verfassungsschutz mit dem BND Kontakt aufnimmt?

Zeuge K. R.: Wir haben auf jeden Fall verschiedene Bereiche. Wir haben verschiedene Fälle, in denen zum Beispiel ein LfV eine spezielle Frage an den Bundesnachrichtendienst hat, wenn es um Auslandsbezüge geht, zum Beispiel darum, was da passiert, wie gewisse Abläufe sind. Dann wendet sich natürlich das LfV oder auch ein LKA mit Fragen unmittelbar an den Bundesnachrichtendienst. Dass hier jetzt Fragen zum Konzept Kurnaz hineingesteuert waren und auf welchem Wege sie hineingekommen sind, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich weiß nicht, warum.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Hat dann der Bundesnachrichtendienst den Katalog an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet? Wissen Sie das?

Zeuge K. R.: Nein. Es ist auf jeden Fall -- Es ist mittelbar zu mir gekommen, das heißt also --

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Also, nein, Sie wissen es nicht?

Zeuge K. R.: Ich selber weiß es nicht, ob es jetzt noch parallel von uns wieder zum BfV herausgegeben wurde. Nein, das weiß ich nicht. Aber die Fragen lagen zumindest dem BfV auch vor. Aber ob es von uns auch noch mal mit eingesteuert wurde, das entzieht sich jetzt meiner Kenntnis.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Okay. - Dann wollte ich Ihnen noch

einmal etwas vorhalten. Herr Uhrlau sagte, als er am 8. März 2007 bei uns war, hier vor dem Ausschuss, dass keiner von Ihrer Reisegruppe Praxis in Befragungssituationen in besonderen Gewaltverhältnissen gehabt habe. Wicht die Befragungssituation in Guantánamo von den Situationen ab, die Sie bisher erlebt hatten?

Zeuge K. R.: Unter einer Befragung versteht man so etwas, was wir in Guantánamo gemacht haben; und ich selber habe bis auf diesen einen Fall noch nie an einer Befragung teilgenommen. Was wir normalerweise machen - aber das sind keine Befragungen -: Wir setzen, wie Ihnen allen bekannt ist, Quellen im Ausland ein, die dann³: befragt werden; aber hier geht es im Prinzip um eine Freiwilligkeit. Hier arbeitet jemand zum Beispiel in Afghanistan; er bekommt bestimmte Aufträge, und wir befragen ihn dann. Wir fragen ihn, er berichtet. Beides ist nicht miteinander zu vergleichen, weil die Umstände völlig andere sind. Was Herr Uhrlau hier zum Ausdruck bringen wollte, erschließt sich mir jetzt nicht unmittelbar.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Aber habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass Sie auch vorher noch nie eine solche Befragung in diesem Sinne durchgeführt hatten?

Zeuge K. R.: Nein. Befragungen dieser Art kommen im Bundesnachrichtendienst nicht jeden Tag vor, und ich habe an einer solchen speziellen Befragung davor noch nicht teilgenommen.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Wie oft kommen die denn etwa vor?

Zeuge K. R.: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich bin zuständig für einen gewissen Bereich dieser Welt, und in meinem Bereich ist es einmal dazu gekommen. Ob in anderen regionalen Bereichen ähnliche Befragungen stattfinden, darüber werde ich Ihnen, da es diesen Platz hier und die Thematik Kurnaz sprengen würde, hier nicht berichten können.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Dann hat der ehemalige Präsident des Bundeskriminalamtes, Herr Dr. Kersten, bei seiner Befragung am 24. Mai 2007 gesagt - ich zitiere Ihnen das jetzt mal -- Nein, Mo-

³ Korrektur gem. Schreiben des Zeugen vom 21. November 2007, Anlage 2

ment; es geht jetzt hier um den BND-Bericht, also um Ihren Bericht zur Befragung von Kurnaz.

Die in diesem vorgenommene Bewertung der Reise und der Absichten des Murat Kurnaz ließ erhebliche Zweifel offen, da aus dem Vermerk nicht erkennbar war, dass Murat Kurnaz in der Befragung von den Beamten des BND und des BfV die Erkenntnisse vorgehalten waren, die im Zuge der Ermittlungen gestellt worden waren und die Grundlage für die Sicherheitsbewertung durch das BKA waren. Aus der Sicht des Bundeskriminalamtes waren die Ergebnisse der auf Guantánamo durchgeführten Befragungen nicht geeignet, die damaligen Verdachtsmomente gegen Murat Kurnaz auszuräumen sowie die Einschätzung, dass von ihm grundsätzlich eine weitere Gefährdung ausgehen kann, zu entkräften. Daran ändert auch der zusammenfassende Vermerk des Bundesamtes für Verfassungsschutz über die Befragung in Guantánamo nichts.

Haben Sie denn, als Sie da in Guantánamo waren, den Fragenkatalog des LKA Bremen abgearbeitet?

Zeuge K. R.: Nicht ich und nicht⁴ Herr D. [REDACTED], sondern das waren Fragen - ich sagte es Ihnen soeben -, die Herr Dr. K. [REDACTED] --

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Ich meinte jetzt „sie“ pluralis.

Zeuge K. R.: Ja, gut. - Also Fragen, die Herr Dr. K. [REDACTED] mit in seinen Fragenkatalog eingearbeitet hat -- Wobei ich jetzt in der Rückschau nicht sagen kann, weil ich diese vier, fünf Seiten Fragen vom LKA nun wirklich nicht mehr präsent habe, ob Herr Dr. K. [REDACTED] wirklich alle diese Fragen in seinen eigenen Fragenkatalog mit eingearbeitet hat. Das kann ich nicht sagen.

Ich möchte aber vielleicht noch bei dieser Gelegenheit, was die Bewertung anbelangt, eines deutlich machen: Es ist ja völlig unbenommen, wenn eine andere Behörde oder ein anderer Personenkreis zu einer anderen Bewertung kommt als diejenigen, die unmittelbar mit Kurnaz zu tun hatten, die ihn be-

fragt hatten, die wussten, um welche Thematik es sich dreht. Wir sind zu einer Entscheidung gekommen, zu einer Bewertung gekommen. Wie gesagt, wenn ein BKA im Nachhinein zu einer anderen Bewertung kommt - mir ist nicht bekannt, dass das BKA zu einer anderen Bewertung gekommen ist -, dann ist das aber auch nichts fürchterlich Spektakuläres.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Sind Sie denn nach Ihrer Reise vom BKA oder LKA noch mal in dem Sinne angesprochen worden, dass Sie - jetzt wieder Ihr Team - die Fragen nicht hinreichend abgearbeitet hätten und insofern quasi den Auftrag nicht erfüllt hätten?

Zeuge K. R.: Nein. Weder das LKA noch das BKA ist auf uns zugekommen. Das, was wir gemacht haben -- Das war schon eine Bitte vom BKA, die vorher bestand; aber das war eben der Schritt davor, dass wir das BKA an unserem Bericht und unserer Bewertung teilhaben lassen. Herr Dr. K. [REDACTED] und wir hatten allerdings auch bei unserer Rückkehr vereinbart, dass alles das, was jetzt die Innenbehörden betrifft, das heißt, die Kommunikation zwischen den Innenbehörden, auch, was die Person Kurnaz in Bezug auf Deutschland betrifft, das BfV macht und wir als Bundesnachrichtendienst uns da nicht mehr in der Pflicht sehen. Unabhängig davon hätte es aber in der Tat dazu kommen können, dass das BKA selbstverständlich unmittelbar auch Fragen⁴ an uns stellt. Das passiert immer wieder; das ist⁴ gelebte Praxis dieser Behörden. Das ist aber in diesem Falle nicht geschehen.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Hatten Sie denn später auch noch regelmäßig mit Dr. K. [REDACTED] Kontakt? Haben Sie quasi die Monate, die Jahre später den Fall noch gemeinsam nachgearbeitet oder ausgetauscht, ob es noch weitere Nachfragen gab?

Zeuge K. R.: Nein. Sowohl für Herrn Dr. K. [REDACTED] als auch für uns war der Fall nach der Befragung mit der Absendung unserer Berichte erledigt. Wir haben uns - ich glaube sogar, dass auch Herr Dr. K. [REDACTED] das in diesem Ausschuss so dargelegt hat - dann wieder um unser normales Alltagsgeschäft gekümmert. Der Fall Kurnaz war kein Fall mehr für uns. Wir haben uns über andere Dinge

⁴ Korrektur gem. Schreiben des Zeugen vom 21. November 2007, Anlage 2

unterhalten, die wirklich dann auch aktuell anlagen; aber Kurnaz war kein Thema mehr.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr R., ich kann es Ihnen doch nicht ersparen, Ihnen zwei Vorhalte aus der Vernehmung des Herrn Hanning hier vor dem Ausschuss zu machen und mit einer Frage dann anzuschließen. Ihnen ist ja vom Vorsitzenden schon einiges vorgehalten worden: unprofessionell. Dann hat Herr Dr. Hanning gesagt: „offenkundig fehlerhaft“. Wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie eine juristische Ausbildung.

Zeuge K. R.: Tut mir leid, das ist ein Irrtum. Nein, ich habe keine juristische Ausbildung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Dann kommt nämlich die nächste Qualifizierung. Da steht: „in der juristischen Klausur mangelhaft“. Ich kann mich auch an meine eigene juristische Ausbildung erinnern. Das wäre doch schon ein harter Schlag gewesen, wenn man mir so was gesagt hätte. Deshalb meine Frage: Als Sie das nun aus heiterem Himmel in der Zeitung gelesen haben oder mitgeteilt bekommen haben, wie war denn Ihre Reaktion darauf? „Heiterer Himmel“, weil Sie ja nichts davon ahnten, dass so was kommen könnte?

Zeuge K. R.: Lassen Sie mich das mit dem Wort „Irritation“ beschreiben; Irritation deshalb, weil ich immer davon ausgehen musste und auch grundsätzlich davon ausgehen habe, dass, wenn ein Vorgesetzter nicht nur allgemein mit meinen Leistungen nicht einverstanden ist, sondern wenn er, wie es hier den Anschein hat, in eklatanter Weise nicht einverstanden ist, das auf jeden Fall zu dem Mitarbeiter weitergebracht wird. Entweder wird es zu einem klärenden Gespräch kommen, oder aber er wird einen entsprechenden deutlichen Vermerk auf der „Pr/Unterrichtung“ machen. Dass das jetzt auf einmal fünf Jahre später kam, war zumindest für mich verwunderlich; so möchte ich es einmal ausdrücken.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hildebrandt, den wir hier auch gehört haben, also Ihr Vorgesetzter, hat den Satz gesagt:

Wenn der Sachgebietsleiter, der Delegationsleiter, diese Meinung

- also diese Wertung -

nicht abgegeben hätte, hätten wir ihn sicherlich danach gefragt.

Dann hat er sogar die Frage formuliert:

Was meinen Sie denn, ist der gefährlich?

So steht das im Protokoll.

Herr Hanning hat uns nun gesagt: Das ist überhaupt nicht Ihre Aufgabe, solche Bewertungen abzugeben. Und Ihr unmittelbarer Vorgesetzter sagt: Das ist nicht nur seine Aufgabe, sondern wenn er das nicht getan hätte, hätten wir ihn geradezu dazu aufgefordert, diese Gefährdungseinschätzung abzugeben.

Zeuge K. R.: Herr Abgeordneter, deshalb hat vor allen Dingen auch eine solche Vorgehaltung von Herrn Dr. Hanning nicht nur bei mir, sondern allgemein im Dienst etwas zu Verwunderung geführt. Ich hatte soeben schon einmal gesagt, dass es zum Beispiel, was die Abfassung von Berichten angeht, unter anderem auch ein Formular gibt, in dem wirklich expressis verbis steht: Stellungnahme/Bewertung durch denjenigen, der eben diese Befragung bzw. das Dienstgeschäft gemacht hat. Das wird, wie gesagt, nicht nur von einem Sachgebietsleiter oder Regionalleiter erwartet; das wird zum Beispiel auch von mir erwartet, wenn einer meiner Kollegen aus dem mittleren Dienst etwas gemacht hat. Auch auf dieser Ebene wird bereits eine Bewertung erwartet. Deshalb ist also die Aussage meines ehemaligen Chefs, Herrn Hildebrandts, völlig korrekt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin ganz zu Beginn Ihrer Aussage gesagt, Sie hätten sich mit Herrn Hildebrandt, also mit Ihrem Vorgesetzten, darüber unterhalten, und da habe auch eine Rolle gespielt, dass ja Ihr Vermerk so und ohne Zusatz ans Kanzleramt weitergeleitet worden ist. Ich habe das so verstanden, dass Sie damit sagen wollen: Wenn es da eine Kritik gegeben hätte, dann hätte man ihn doch nicht so ans Kanzleramt weiterleiten

können, sondern hätte entweder eine Korrektur angebracht oder ihn gar nicht weitergeleitet oder für eine Korrektur gesorgt. War mein Verständnis so richtig?

Zeuge K. R.: Das ist so richtig. Wenn ich mich in die Position versetzen würde, aber mehr auf meiner Ebene, und ich wäre mit dem Bericht eines meiner Mitarbeiter nicht nur punktuell⁵, sondern grundsätzlich nicht einverstanden, würde ich zumindest einen solchen Bericht nicht einfach so an eine Stelle geben, die noch über mir ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vor allem ans Kanzleramt. - Haben Sie selber mal an einem Information-Board teilgenommen, am 02.10.2002 oder danach? Ich frage Sie deshalb, weil das auch - übrigens in öffentlicher Sitzung - gefragt worden ist, unter anderem auch von mir der damalige Mitarbeiter Herr Rausch vom Bundeskriminalamt, der berichtet hat, dass bei diesem Information-Board - offenbar auch bei späteren - der Herr Dr. K. Bericht erstattet hat, was ja auch nahelegt, von diesem Besuch in Guantánamo und dann dazu eine Stellungnahme abgegeben hat. Da findet sich dann auch immer mal der Hinweis auf ein oder zwei Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, ohne dass ein Name dabeisteht. Haben Sie daran teilgenommen, oder wissen Sie, wer daran teilgenommen hat?

Zeuge K. R.: Nein. Aber mir liegen die Berichte vor. Das heißt also, die Vermerke über das Information-Board habe ich natürlich mit gelesen. Aber wir haben verschiedene Gremien, die wir bestücken müssen, und zu diesem Information-Board war ein spezieller Kollege unserer Abteilung abgestellt, der dabei war; aber ich habe selber persönlich nicht daran teilgenommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie von dem Kollegen gehört, was nun Herr K. aus Guantánamo berichtet hat, also über diesen Besuch, über diese Befragung?

Zeuge K. R.: Nein. Ich habe darüber mit dem Kollegen nicht gesprochen. Das betrifft auch, glaube ich, nicht den konkreten Sach-

verhalt, zu dem ich Aussagen treffen kann, weil es hier interne Dinge gibt, die hier also auch über den Bereich des Bundesnachrichtendienstes hinausgehen. Das heißt, hier bin ich im Zweifel, ob ich dazu Aussagen treffen kann. - Nein, ich habe nicht darüber gesprochen; aber ich habe natürlich Berichte aus dem Information-Board gelesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie, nachdem Sie aus heiterem Himmel diese Aussage von Herrn Hanning getroffen hat, noch einmal mit Herrn K. Kontakt gehabt, -

Zeuge K. R.: Nein, hatte ich nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass Sie sich darüber einmal verständigt haben? Aber mit Herrn D. offenbar?

Zeuge K. R.: Nein. Dr. ⁵ ist ja mittlerweile ⁵. Also, ich habe überhaupt keinerlei Kontakt mehr zu ihm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dass Sie sich darüber ausgetauscht haben, das gab es nicht -

Zeuge K. R.: Nein, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - im Nachhinein?

Zeuge K. R.: Nein, ich wüsste jetzt nicht einmal, ⁵.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie von sich aus, direkt oder über den Personalrat Ihrer Behörde, einmal tätig geworden, um dies - das ist ja doch schon eine, denke ich, auch persönlich sehr stark belastende Geschichte, die Sie da erlebt haben -, zu einer Klärung zu führen zwischen Ihnen und der Amtsleitung oder der Präsidentschaft?

Zeuge K. R.: Nein, ich habe das aus einem einfachen Grunde nicht gemacht: Wenn ein Vorgesetzter erst Jahre nach einem bestimmten Ereignis zu einer speziellen Kritik kommt, wenn er dann noch nicht einmal zur eigenen Behörde kommt, dann ist das etwas, was ich zur Kenntnis nehme, was ich aber nicht mehr großartig für mich persönlich werten möchte.

⁵ Korrektur gem. Schreiben des Zeugen vom 21. November 2007, Anlage 2

Zum anderen habe ich anhand der wirklich für mich eindrucksvollen Reaktion innerhalb unseres Dienstes aufgrund dieser Aussagen gesehen, auch mir gegenüber, bis hin zur Abteilungsleiterebene, dass ein derartiger Rückhalt meiner eigenen Person da ist. Und das ist mir persönlich jetzt in diesem Zusammenhang sehr viel mehr wert gewesen, sodass ich es als eine - Entschuldigung - Zeitverschwendung empfunden hätte, hier jetzt noch einmal aktiv zu werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich in Bezug auf Herrn Dr. Hanning, der ja jetzt auch ganz woanders ist. Aber auch der Herr Uhrlau hat uns hier - nicht in diesem, sondern in dem anderen Saal - gesagt: Ich kann seiner Einschätzung - der Einschätzung von Hanning; danach wurde er gefragt - von damals nichts hinzufügen. Das wird so verstanden und wurde so verstanden und auch nach außen kommuniziert, dass er sich mit dieser Einschätzung ausdrücklich einverstanden erklärt hat. Haben Sie da nicht hinsichtlich Ihres jetzigen obersten Vorgesetzten einmal um ein klärendes Gespräch gebeten?

Vorsitzender Siegfried Kauder: Jetzt geben wir erst einmal Herrn Dr. Hofmann Gelegenheit, etwas zu sagen.

MDgt Dr. Hans Hofmann (BK): Ich glaube, dass die Frage, was Herr R. nach diesen Aussagen, die über seine Arbeit im Untersuchungsausschuss getroffen worden sind, personalwirtschaftlich, personalpolitisch mit dem Personalrat getan hat, ganz sicher nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Die Frage ist allerdings schon beantwortet, und die Fragezeit des Kollegen Ströbele ist herum.

Wir sind mit einer Berliner Stunde durch. Gibt es noch Fragebedarf, und wenn ja, bei wem? - Sollen wir eine offene Runde machen? - Kollege Jung.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Bei mir ist es schnell erledigt. Es haben sich noch ein, zwei Fragen sozusagen durch das aufgedrängt, was wir jetzt noch im weiteren Verlauf gehört haben.

Sie hatten mehrmals betont, dass der Vorgang für Sie dann auch erledigt war, nach

Ihrer Reise und nach Ihrem Bericht. Daraus ergibt sich für mich schon die Frage, weswegen sich dann Herr Hanning noch mal an Sie hätte wenden sollen, wenn die Sache sozusagen erledigt war, unabhängig davon, dass Sie das getroffen haben mag, was Herr Hanning im Weiteren dazu sagt.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Frage müsste anders lauten!)

Diese Frage drängt sich mir dann schon noch auf: Welche sachlichen Gründe hätte es dafür gegeben?

Zeuge K. R.: Eine Sache ist erst dann abgeschlossen, wenn das letzte Wort dazu gesprochen wurde. Wenn hier der oberste Vorgesetzte, der Dienstvorgesetzte, mit dem Bericht eines seiner Mitarbeiter in keiner Weise einverstanden ist, dann ist damit also noch nicht das letzte Wort gesprochen. Dann ist es normalerweise - ich wiederhole das noch einmal - gelebte Praxis im Bundesnachrichtendienst - ich nehme an, auch bei anderen Behörden -, dass man dann entweder noch einmal darüber spricht bzw. noch einmal ein vielleicht abgeänderter Vermerk angefordert wird. Das ist aber das Minimum, was man erwarten kann. Und es ist auch bei uns gängige Sitte, dass, wenn kein Kommentar mehr kommt, sondern ein Vermerk abgezeichnet ist, er dann von dem entsprechenden Vorgesetzten genauso akzeptiert und goutiert wird, dass man davon ausgehen muss. Deshalb: Der Fall war letztendlich danach - spätestens, als es dann zum Kanzleramt ging - für uns abgeschlossen, ja.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Ich habe nur Ihre Formulierung aufgegriffen: erledigt, abgeschlossen usw.

Zeuge K. R.: Für mich der Fall Kurnaz in der Tat; das ist völlig richtig.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Okay. - Der zweite Punkt, der mich noch einmal zum Nachdenken gebracht hat, war einfach: Wenn wir uns noch einmal in Erinnerung rufen, was Gegenstand Ihres Vermerks war, dann kommen wir eben um den entscheidenden Punkt nicht herum, dass zur Einschätzung der Person von Kurnaz vieles nicht berücksichtigt war, was wahrscheinlich hätte berücksichtigt werden müssen jenseits dieser einen Reise nach Guantánamo. Wenn

jetzt, auch durch die Fragen von Frau Köhler und von mir, sich offenbart hat, dass gerade Sie persönlich offenkundig auch nicht die Erfahrung und die Praxis aus Befragungen aufweisen, die wir uns hier vielleicht insgesamt auch vorgestellt haben, wenn wir da in den Akten lesen, erfahrenes Personal und dergleichen mehr, dann stellt sich schon die Frage für mich, ob Sie denn von sich selbst die Einschätzung haben, dass Sie für diese Reise ausreichend gewappnet waren.

Zeuge K. R.: Herr Abgeordneter, in dem Bereich, in dem wir arbeiten - da spreche ich für Herrn D. [REDACTED] und für mich -, gehen wir Tag für Tag mit Menschen um. Lassen Sie es mich einmal deutlich sagen: mit Menschen, von denen wir etwas wissen wollen, auch etwas wissen wollen, was sie nicht unbedingt beim ersten Mal gleich sagen müssen. Wir sind ein Nachrichtendienst. Das heißt also, wir sitzen nicht nur in unseren Büros, um Berichte zu bewerten - das gehört dazu -, sondern es gehört zu der tagtäglichen Praxis, dass wir mit jeder Art von Menschen umgehen, Gespräche führen, und es ist etwas völlig anderes, wenn Sie sagen: eine Befragung. Natürlich ist es ein Unterschied, ob Sie jemanden vor sich sitzen haben, der eigentlich fast schon antworten muss oder sollte, und er hat zu antworten.

Ich möchte da aber auch noch auf eines hinaus: Herr D. [REDACTED] wurde nicht umsonst auch vonseiten des Bundesnachrichtendienstes mitgeschickt; denn Herr D. [REDACTED] ist ein studierter Psychologe. Das heißt also, er kennt sich in diesen Sachen ebenfalls aus. Von daher muss ich sagen - das ist vielleicht auch eine Selbsteinschätzung -: Ich denke schon, dass wir das Rüstzeug hatten, hier entsprechende Fragen zu stellen. Wir hatten uns vorbereitet, wir haben mit unseren Vorgesetzten darüber gesprochen, die Zielrichtung war klar. Nachdem von unseren Vorgesetzten auch unsere Bewertung, unser Urteil, entsprechend goutiert wurde - bis auf eine Person im Nachhinein -, denke ich, wüsste ich jetzt direkt uns selber gegenüber nichts vorzuwerfen. Das haben auch andere nicht getan.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Aber es trifft zu, dass weder Sie noch Herr D. [REDACTED] die sogenannten Bremer Akten kannten?

Zeuge K. R.: Ich sagte schon einmal: Das war eine Vorbereitung seitens des Bundes-

amtes für Verfassungsschutz. Wir haben uns mit Herrn Dr. K. [REDACTED] vor der Befragung zusammengesetzt. Wir hatten wirklich Zeit. Wir haben uns zusammengesetzt: Was ist von Belang? Aber es gibt zum Beispiel einen Punkt, der mir, glaube ich, auch bei meiner letzten Befragung vorgehalten wurde, ob ich das nicht aus einer Akte gehört habe, dass es einen Anruf von Kurnaz gegeben habe, bei dem er gesagt habe, er fährt zum Kämpfen irgendwo hin. Da das nicht einmal Thema für Herrn Dr. K. [REDACTED] war - denn diesen Punkt hat er aus meiner Erinnerung auch uns gegenüber nicht angesprochen, dass das Thema ist, was die Person Kurnaz beleuchtet -, schien zumindest - das eröffnet sich mir im Nachhinein, muss ich gestehen -, dass vielleicht in der Bewertung des Herrn Dr. K. [REDACTED], der ja nun ein wirklicher Experte vom Bundesamt für Verfassungsschutz war, was Deutschland anbelangt - - dass er auch gesehen hatte, dass das nicht wirklich des Pudels Kern war. Also, eine Absprache, eine Vorbereitung hat es gegeben, aber bitte separat.

Wir haben beide Bewertungen dann in einem Bericht zusammengeführt, das heißt also, die Bewertung des Kollegen K. [REDACTED] und die Bewertung des Bundesnachrichtendienstes, und haben das in entsprechende Berichte eingefasst. Deshalb - lassen Sie mich das so ausdrücken - ist es vielleicht ein Tribut auch an das, was aus dem Gespräch mit Herrn Dr. K. [REDACTED] hervorgegangen ist, dass wir auch in unserem Bericht an die Leitung formuliert haben: trotz Restzweifeln. Was Kurnaz in Deutschland anbelangt, haben wir ja nie gesagt: Da gibt es nicht vielleicht Punkte, denen man noch einmal nachgehen muss. Aber auch das war wiederum Sache und Absprache mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz, mit Herrn Dr. K. [REDACTED], diese kleinen Detailpunkte, die noch offen waren. Das waren eigentlich, wie Dr. K. [REDACTED] sagte, ein paar Fragen, bei denen man vielleicht noch einmal nachhaken muss. Das ist offensichtlich geschehen, und das Ergebnis dieser Nachfragen und dieser Bewertung auch heute, wie sie zu Kurnaz steht, wie ich sie aus der Zeitung kenne, ist ja auch allen klar.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Königshaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Vielen Dank. - Da wir ja offenbar nun doch auch über Fragen persönlicher Qualifikation sprechen, müssen wir, glaube ich, dann das doch noch mal vertiefen, nachdem das jetzt hier angesprochen wurde. Wir haben es hier also offenkundig mit jemandem zu tun, der Vorgesetzte hat, die ersichtlich entweder nicht erkennen, wo die Grenzen des Auftrages liegen, nämlich den Auslandsbezug aufzuklären, oder aber, wenn die Grenzen falsch gesehen wurden durch den Beamten, der dort agiert, es versäumt hätten, dann entsprechende Konsequenzen zu ziehen, sei es personell, sei es organisatorisch; denn nichts davon ist ja passiert. Sie haben keine Rückmeldung und nichts. Das wollen wir einmal festhalten, wenn es um die Frage persönlicher Qualifikation geht. Das hat etwas mit Führung zu tun, und zwar sowohl des damaligen Präsidenten als auch des heutigen Präsidenten. Das ist nämlich das, was wir hier dann feststellen, wenn wir über persönliche Qualifikation sprechen.

Aber der zweite Punkt: Sie haben hier ja noch einmal auch auf die Frage des Kollegen Jung, weil er daraus ja bestimmte Schlüsse zieht, gesagt, Sie hätten nach diesem Einsatz keine weiteren derartigen Befragungen mehr durchgeführt. Ich will nur noch einmal festhalten: Sie haben ja auch davor keine Befragungen durchgeführt, und Sie sagten auch, in Ihrem Bereich, für den Sie zuständig sind, gab es überhaupt keine weiteren Befragungen, demzufolge weder von Ihnen noch von irgendjemand anderem, sodass daraus weder ein Misstrauen noch sonst irgendetwas - - Ich will das nur feststellen, damit wir das hier festhalten können.

(Hermann Gröhe (CDU/CSU): War das die Frage?)

- Wie bitte? Das war die Frage, ob wir das so hier feststellen können, ja. - Ja, Entschuldigung. Ich gehe hier auf das ein, was wir gerade eben gehört haben. Wir haben hier die persönliche Qualifikation der handelnden Personen angesprochen. Das ist unbeantwortet gewesen, und ich tue das jetzt auch.

(Hermann Gröhe (CDU/CSU): Soll ich die Frage - -)

- Wie bitte?

(Hermann Gröhe (CDU/CSU): Dann müssen Sie die Frage stellen, ob Sie das gemeinsam feststellen kön-

nen! Dann fragen Sie doch: Ist Ihre Frage beantwortet?)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Nein, der Zeuge beantwortet Fragen.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich habe die Frage ja jetzt nicht in Ihre, sondern in diese Richtung gestellt, ob wir das gemeinsam feststellen können, und der Zeuge hat die Frage beantwortet; er hat sie nämlich mit Ja beantwortet.

Die weitere Frage, die mich jetzt in diesem Zusammenhang interessiert: Es gab ja in der Folge dieser Befragung in Guantánamo sozusagen noch eine gemeinsame Schlussbesprechung auch mit anderen Vertretern von Behörden in Washington [REDACTED]. Waren Sie da dabei?

Zeuge K. R.: Wir haben einen Besuch gemacht in unserer Vertretung in Washington. Das ist ein Höflichkeitsbesuch, wenn man in einem anderen Land ist, dass man auch seine eigene Vertretung aufsucht. Ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber trifft es denn zu, dass dort unter anderem auch - wir sind hier in vertraulicher Sitzung - mit dem Residenten gesprochen wurde?

Zeuge K. R.: Ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Also, es war nicht nur rein höflich, sondern dann sicherlich auch inhaltlich?

Zeuge K. R.: Ja. Wir haben selbstverständlich auch über unsere Erfahrungen in Guantánamo mit unserem Vertreter dort gesprochen, ja.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren zusammen essen!)

Hellmut Königshaus (FDP): Es wäre ja auch erstaunlich, wenn nicht.

Zeuge K. R.: Ja, ja, aber da war wiederum der Resident nicht dabei.

Hellmut Königshaus (FDP): Nun ist ja bei diesem Gespräch sicherlich auch die Frage aufgekommen: Sind denn nun tatsächlich alle vorgegebenen Fragen aus dem

Fragenkatalog abgearbeitet, soweit sie die jeweiligen Behörden interessieren? - Den BND - das hatten Sie schon gesagt - interessiert das eigentlich überhaupt nicht, weil das die Aufgabe von Dr. K. war. Aber ist denn darüber gesprochen worden: Ist noch etwas offen? Was muss noch gemacht werden? Muss man vielleicht noch mal mit jemand anderem hin? - Man redet doch darüber. Das BKA war ja zum Beispiel nicht dabei. Hat dort Herr Dr. K. gesagt: Mein Gott, wir müssen jetzt noch mal das BKA oder sonst wen hinschicken?

Zeuge K. R.: Nein, bei dieser Besprechung in Washington sowieso nicht. Was Herr Dr. K. vielleicht innerhalb seiner eigenen Behörde besprochen hat, dass hier vielleicht noch mal Fragen zu klären sind, das wird er in seiner Behörde besprochen haben. Das haben wir untereinander nicht besprochen. Für uns stellte sich diese Frage erst gar nicht, da wir - ich wiederhole es - gemeinsam zu der Bewertung gekommen sind, dass es sich bei Kurnaz nicht um jemanden gehandelt hat, der in irgendeinem Rekrutierungssystem gewesen wäre bzw. gar Kontakte gehabt hätte in das entsprechende Milieu. Für uns war der Fall damit abgehakt. Wir sind eigentlich mit einem weniger erfreulichen Ergebnis wiedergekommen, weil wir eben nichts lernen konnten, was wir nicht schon wussten, also nichts darüber hinaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Nun gibt es ja diesen Bericht des BfV, also von Dr. K., in dem er aufgelistet hat, und zwar sehr präzise, was da noch zu veranlassen ist. Da steht ja kein Wort drin, dass noch irgendwelche Fragen aus dem Fragenkatalog offen sind, die gegebenenfalls hätten angesprochen werden müssen. Ist denn da jemand auf Sie zugekommen? Dass Herr Hanning da nicht mit Ihnen gesprochen hat, haben wir schon geklärt. Aber auf der nachgeordneten Ebene gibt es ja auch Arbeitskontakte. Hat jemand gesagt: „Mein Gott, die beim BKA sagen, da sind ja Fragen alle offen geblieben oder viele der wesentlichen Fragen“?

Zeuge K. R.: Nein, Herr Abgeordneter. Das waren ja nun Fragen, die sich in allererster Linie auf das Inland bezogen, Fragen zu dem Vorleben von Herrn Kurnaz, bevor er nach Pakistan geflogen ist, um dann später

nach Guantánamo zu kommen. Hier war eindeutig klar, auch schon in der Absprache zwischen Herrn Dr. K. und mir, dass jetzt noch offene Fragen einzig und allein über die Schiene BfV geklärt werden, das heißt also: in Kombination mit dem LKA, mit dem LfV Bremen, eventuell auch mit dem BKA. Wir waren da als Bundesnachrichtendienst jetzt außen vor.

Hellmut Königshaus (FDP): Wir wissen das jetzt alle; aber wir haben ja nun aufgrund von Meinungsäußerungen gehört, dass manche nicht wissen, dass die Zuständigkeiten dort in dieser Weise zugeschnitten sind. Deshalb frage ich, ob sie eventuell einer dieser Nichtwissenden an irgendeiner Stelle vielleicht eingespeist hat.

Zeuge K. R.: Nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Ist denn aufgrund Ihrer Befragung in Guantánamo und insbesondere auch der nachfolgenden Gespräche dort erörtert worden, ob es möglicherweise noch eine weitere Befragung geben könnte, wenn es denn tatsächlich noch offene Fragen gibt oder in der Auswertung weitere Fragen aufkommen, dass dort meinetwegen jemand vom BKA hinfährt, wenn die noch Fragen offen haben, wie wir ja gehört haben? Ist darüber mal gesprochen worden, oder haben die Amerikaner gesagt: So, das war's jetzt?

Zeuge K. R.: Mir ist nicht bekannt, dass irgendjemand nach Guantánamo wollte, um eine weitere Besprechung durchzuführen. In unserem Bereich, vom BND, war klar, dass hier keine weitere Befragung des Herrn Kurnaz stattfinden soll. Schon die erste Befragung hat ja für den Bundesnachrichtendienst eigentlich kein Ergebnis gebracht.

Hellmut Königshaus (FDP): Gut. Vielen Dank.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Keine weiteren Fragen? - Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine abschließende Frage, Herr R. Ich rätsele - und das geht wahrscheinlich auch anderen so -, wie es dazu kommen konnte, dass Herr Hanning in dieser Weise Sie beurteilt und Ihre Arbeit

beurteilt, aus heiterem Himmel heraus. Wir suchen nach einer Erklärung. Deshalb frage ich Sie: Sehen Sie und Herr D■■■■ sich als Bauernopfer, um andere hohe Herren -

Zeuge K. R.: Ich will keine Wertung machen. Ich möchte eigentlich nur sagen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und deren Entscheidungen von Ende Oktober verkaufen zu können?

Zeuge K. R.: Ich will darüber keine Wertung machen. Lassen Sie es mich mal so sagen: Ich oder wir rätseln auch. Aber ich möchte hier keine Wertung machen und auch hier nicht kundtun, wie ich sehr persönlich darüber denke. Also lassen wir es dabei: Für uns war es ein Rätsel, wie für viele andere auch.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Kollege Nešković.

Wolfgang Nešković (DIE LINKE): Ich möchte jetzt keine Frage stellen; aber ich möchte das zum Anlass nehmen, anzukündigen, dass ich einen Antrag stellen werde, dass das Protokoll über die heutige Sitzung öffentlich gemacht wird. Der Zeuge hat ganz offensichtlich ein Rehabilitationsinteresse. Er ist öffentlich diskreditiert worden, nicht nur von Herrn Hanning, sondern auch von anderen Kollegen dieses Ausschusses, und der Grundsatz der Waffengleichheit gebietet es, dass zumindest in dieser Form dem Zeugen Genugtuung widerfährt.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Das haben wir so aufgenommen. Es steht ja auch im Protokoll. Darüber werden wir in der nächsten Beratungssitzung befinden.
Herr Dr. Hofmann.

MDgt Dr. Hans Hofmann (BK): Ich nehme an, dass dabei das übliche Verfahren angewendet wird, dass die Bundesregierung bei der Herunterstufung von Protokollen konsultiert wird.

Wolfgang Nešković (DIE LINKE): Das ist klar. Ich kann aber nicht entdecken, was hier geheimhaltungsbedürftig ist, außer, dass hier ein Zeuge öffentlich diskreditiert worden ist. Er kann sich nicht wehren. Es ist die einzige Form, eine milde Form, sich zu wehren,

wenn wir das veröffentlichen. Wir haben die Vernehmung der drei Befragter veröffentlicht. Gerade in dieser Situation, wo jemand nicht die Möglichkeit hat, sich öffentlich zu verteidigen, ist dies die mildeste Form, sich zu wehren. Ich habe hier keine Fakten entdecken können, die vertraulich wären unter dem Gesichtspunkt, dass dadurch irgendwelche Arbeiten der Geheimdienste veröffentlicht werden, was ihre Methoden anbetrifft, allenfalls, was sie über die Qualifikation ihres Führungspersonals aussagen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Wir werden das in der nächsten nichtöffentlichen Beratungssitzung diskutieren und eine Entscheidung treffen.

Herr Dr. Hofmann meldet sich noch einmal zu Wort.

(Wolfgang Nešković (DIE LINKE):
Ich beantrage jetzt eine Beratungssitzung!)

MDgt Dr. Hans Hofmann (BK): Wir werden das gerne prüfen, wie immer. Wir werden es sorgfältig tun. Wir werden prüfen, ob wir Anhaltspunkte finden, die die weitere Aufrechterhaltung der Einstufung rechtfertigen, weisen dabei aber darauf hin, dass der Zeuge eine Aussagegenehmigung hat, die ihm nur erlaubt, in nichtöffentlicher Sitzung auszusagen. Wir würden es weiterhin sehr begrüßen, wenn die Persönlichkeitsrechte der Zeugen, die hier und in anderen Untersuchungsausschüssen vernommen werden, so fürsorglich behandelt werden, wie es hier gerade scheint, wie es gerade versucht worden ist. Wir weisen dabei insbesondere auf die Soldaten der KSK hin.

(Hellmut Königshaus (FDP): Die waren jetzt allerdings nicht Gegenstand dieses Ausschusses!)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ich darf festhalten, dass Fragen an den Zeugen nicht mehr bestehen. Dann können wir den Zeugen entlassen. - Herr Kollege Jung.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Ich habe noch zwei Fragen. Ich hatte mich vorhin noch mal gemeldet.

Herr R■■■■, habe ich Sie vor wenigen Minuten richtig verstanden, als Sie meinem Eindruck nach ausführten - wie gesagt, meine Frage ist, ob ich Sie richtig verstanden

habe -, es sei nach allem eigentlich nicht zu vermuten, dass Herr Kurnaz Kontakt zu extremistischen und gewaltbereiten Kreisen gehabt habe?

Zeuge K. R.: Nein. Ich habe dargelegt - das geht auch aus unseren Berichten hervor -, dass er, erstens, keine Kontakte hatte in Pakistan zu Rekrutierungsbereichen, zu Taliban, zu al-Qaida, und dass er auch an keiner Terrorausbildung teilgenommen hat. Herr Dr. K. [REDACTED] ist, glaube ich, noch etwas konkreter dazu eingestiegen, indem er nämlich in seinem Bericht gesagt hat - und das bezieht sich jetzt auf den Deutschland-Hintergrund; den teilen wir uneingeschränkt, weil wir als Bundesnachrichtendienst da ebenfalls unsere Erfahrungen haben -:

[REDACTED]

Diesen Eindruck von Herrn Dr. K. [REDACTED], was den Deutschland-Bezug betrifft, kann ich nur voll und ganz unterstreichen.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Die zweite Frage reicht schon weiter in den Bereich Zammar: Wem oblag denn die Befragung von Zammar?

Zeuge K. R.: Zammar ist ein Thema, für das ich nicht zuständig bin⁶. Dafür habe ich keine Aussagegenehmigung.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit haben wir noch nicht angefangen!)

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Ist es richtig, dass das Ihre Abteilung war?

Zeuge K. R.: Dazu gebe ich - Entschuldigung! - keine - -

(Hellmut Königshaus (FDP): Dazu hat er keine Aussagegenehmigung!)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Es ist ja schon geklärt. Dazu sagt der Zeuge nichts.

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Gibt es jetzt noch Fragen? - Herr Dr. Hecker.

RD Dr. Jan Hecker (BMI): Ich wollte nur darauf hinweisen, dass die Bundesregierung immer die Meinung vertreten hat, dass man die verschiedenen Fallkomplexe auseinanderhalten sollte. [REDACTED]

[REDACTED]

(Wolfgang Nešković (DIE LINKE): Sie sind doch Herr der Aussagegenehmigung!)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Ich verstehe jetzt nicht, wo die Nichtbeantwortung der Frage die Interessen der Bundesregierung berühren könnte. Das ist eine Verfahrensabwicklung, die wir als Ausschussmitglieder untereinander ausgemacht haben, die aber nicht die Interessen der Bundesregierung berührt, sondern nur zu einem ökonomischen Verfahrensablauf des Untersuchungsausschusses beiträgt. - Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bisher wollten wir das trennen, und wir haben mit Zammar ja noch nicht angefangen. Auf Ihr dringendes Petitum sollen ja andere Zeugen erst mal zu der Sache Zammar gehört werden. Dazu sind wir bisher noch nicht gekommen; jedenfalls haben wir nur mit einem Zeugen dazu angefangen.

Aber dazu hatte ich mich gar nicht gemeldet. Ich hatte mich zu Äußerungen aus den Reihen der Bundesregierung gemeldet zu der Frage der Veröffentlichung dieses Protokolls. Wie beim letzten Mal, als wir ja auch beschlossen haben, das Protokoll der Vernehmung auch dieses Zeugen - -

Vorsitzender Siegfried Kauder: Langsam, Kollege Ströbele! Wir sind noch immer in der Beweisaufnahme.

⁶ Korrektur gem. Schreiben des Zeugen vom 21. November 2007, Anlage 2

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee, nee! Herr Vorsitzender, Sie können nicht der Bundesregierung zu allen Facetten dieser Frage hier das Wort geben, aber den Abgeordneten nicht. Das ist zumindest unfair.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Sie kriegen das Wort in einer Beratungssitzung.

Ich stelle fest, dass wir an den Zeugen keine Fragen mehr haben und ihn somit entlassen können. - Herr R■■■■■■, vielen Dank und einen guten Nachhauseweg.

Zeuge K. R.: Danke.

(Hellmut Königshaus (FDP): Es wäre doch hilfreich, solange er noch da ist und insbesondere auch sein Rechtsbeistand, dass er Stellung nehmen kann zu der ins Auge gefassten Verfahrensweise!)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Zu einer Verfahrensweise unterhalten wir uns in nichtöffentlichen Beratungssitzungen. Dort ist der richtige Ort und nicht in einer Beweisaufnahme.

Hellmut Königshaus (FDP): Das stimmt. Aber der Zeuge ist in unserer Beratungssitzung nicht mehr greifbar.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Er hat auch nicht das Recht, an unserer Beratungssitzung teilzunehmen.

Hellmut Königshaus (FDP): Das wollte ich auch nicht. Aber er hat möglicherweise das Recht, wenn er an einer Sitzung teilnimmt, bei der er davon ausgehen konnte, dass sie nichtöffentlich und vertraulich stattfindet, und er hinterher erfahren muss, dass darüber befunden wird, ob sie veröffentlicht wird oder nicht, zumindest die Gelegenheit zu bekommen, dazu Stellung zu nehmen.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Was wir allerdings in vergleichbaren Fällen auch nicht so gehandhabt haben.

Hellmut Königshaus (FDP): Gleichwohl wäre es richtig.

(Dr. Max Stadler (FDP): Ein richtiger Gedanke!)

Vorsitzender Siegfried Kauder: Herr R■■■■■■, möchten Sie zu dem Thema „Aufhebung“ - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge K. R.: Herr Vorsitzender, ich hatte bei meiner letzten Anhörung gedacht, dass das ganze Verfahren so vertraulich ist, dass es auch in diesem Rahmen bleibt. Es sind - ich kann es jetzt nicht beziffern - sicherlich um die 80, 90 Prozent der gesamten Anhörung im Internet gewesen. Es handelt sich bei der heutigen Anhörung um Fragen und Themenbereiche, die eigentlich den gleichen Sachverhalt anbelangen. Von daher habe ich jetzt persönlich, da es nur um wenige Fälle geht, denke ich, die dann wohl auch zu Verscherzen wären, wie beim ersten Mal nichts dagegen einzuwenden, wenn damit verfahren wird wie bei der ersten Anhörung, die wider meine eigenen Erwartungen im Internet zu finden war.

Vorsitzender Siegfried Kauder: Gut. Das ist eine Erklärung, die Sie abgegeben haben, die auch protokolliert wurde.

Jetzt dürfen wir Sie aber endgültig entlassen. Sie wissen, dass Sie einen Entwurf des Protokolls zugeschickt bekommen und 14 Tage Zeit haben für Korrekturen. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr R■■■■■■.

(Schluss des Sitzungsteils VS-Vertraulich: 14.27 Uhr)